

SATZUNG

der

DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN GESELLSCHAFT BERLIN e. V.

in der Fassung vom 19. März 2014

§ 1 NAME UND SITZ

Der Verein führt den Namen „Deutsch-Französische Gesellschaft Berlin e.V.“. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Registernummer VR 1934Nz, eingetragen. Sein Sitz ist in Berlin.

§ 2 ZWECK

Zweck des Vereins ist die Pflege der wechselseitigen Interessen und Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen auf kulturellem, gesellschaftlichem und ähnlichem Gebiet. Der Verein dient seit seiner Neugründung im Jahr 1949 insbesondere der Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des europäischen Völkerverständigungsgedankens.

Diese Ziele sollen durch vielseitige Veranstaltungen, wie zum Beispiel Begegnungen und Vorträge, sowie durch den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Organisationen und Institutionen mit ähnlichen Zielsetzungen erreicht werden, wobei insbesondere die Pflege und Förderung der französischen Sprache Berücksichtigung finden soll.

Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

§ 3 MITGLIEDSCHAFT

Der Verein hat folgende Mitglieder:

- Ehrenmitglieder
- Ordentliche Mitglieder
- Korporative Mitglieder

Bei Bedarf können Juniorenkreise eingerichtet werden.

§ 4 ERWERB DER MITGLIEDSCHAFT

Der Erwerb der Mitgliedschaft erfolgt in vier Schritten:

- Vorlage des unterschriebenen Aufnahmeantrages,
- über den der Vorstand entscheidet
- Schriftliche Bestätigung der Mitgliedschaft durch den Vorstand
- Eingang des Mitgliedsbeitrages auf dem Konto des Vereins.

Lehnt der Vorstand den Antrag ab, steht dem/der Betroffenen ein Beschwerderecht zu. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats ab Zugang des ablehnenden Bescheides schriftlich beim Vorstand einzureichen. Über die Beschwerde entscheidet die nächste Mitgliederversammlung.

§ 5 AUFNAHMEBEDINGUNGEN

Mitglieder des Vereins können natürliche Personen und juristische Personen werden.

Juristische Personen haben eine Stimme. Neben Einzelmitgliedern können auch korporative Mitglieder aufgenommen werden, denen der Vorstand ein mehrfaches Stimmrecht – jedoch höchstens drei Stimmen – zubilligen kann.

Zu Ehrenmitgliedern kann der Vorstand Persönlichkeiten, die sich um Bestrebungen des Vereins verdient gemacht haben, ernennen.

§ 6 MITGLIEDSBEITRÄGE

Die Mittel des Vereins werden aufgebracht durch Beiträge der Mitglieder und freiwillige Zuwendungen.

Die Beiträge sind als Jahresbeitrag für ein Kalenderjahr zu Beginn des Kalenderjahres, spätestens am Ende des 1. Quartals zu entrichten. Auf schriftlichen Antrag kann einzelnen Mitgliedern eine Zahlung in jeweils gleichen Raten – Mindestrate ist der Quartalsbeitrag – gewährt werden.

Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge erfolgt durch die Mitgliederversammlung.

Ehrenmitglieder sind von der Zahlung der Mitgliedsbeiträge befreit.

§ 7 BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT

Die Mitgliedschaft endet:

1. durch den Tod
2. durch Austritt

Der Austritt ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Die Erklärung erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist. Mit Zustimmung des Vorstandes kann auch der Austritt zu einem anderen Zeitpunkt und ohne Einhaltung der Kündigungsfrist erfolgen.

3. durch Ausschluss,

den der Vorstand beschließen kann und schriftlich begründen muss:

- a) wenn das Verhalten eines Mitglieds im Widerspruch zu den erklärten Zielen des Vereins steht oder dessen Ansehen schädigt,
- b) wenn trotz wiederholter Mahnung der Mitgliedsbeitrag nicht gezahlt worden ist,
- c) wenn ein Mitglied der Satzung oder den Beschlüssen der Mitgliederversammlung zuwiderhandelt.

Gegen einen vom Vorstand beschlossenen Ausschluss kann Einspruch bei der Mitgliederversammlung eingelegt werden, die endgültig entscheidet.

§ 8 GESCHÄFTSJAHR

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 9 VEREINSORGANE

Diese sind

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand

Sämtliche Organe des Vereins üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

§ 10 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Der Verein hält

- a) ordentliche und
- b) außerordentliche Mitgliederversammlungen ab,

zu denen der Vorstand die Mitglieder einlädt und zwar

- a) zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung mindestens einmal jährlich innerhalb des ersten Vierteljahres unter Bekanntgabe der Tagesordnung,
- b) zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung,
 - wenn es das Vereinsinteresse erfordert,
 - wenn mindestens 1/10 der Mitglieder einen schriftlichen Antrag unter Darlegung der Gründe stellt.

Die Einladungen zu allen Mitgliederversammlungen sollen schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens 14 Tage im Voraus erfolgen.

Über die ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlungen ist eine Niederschrift (Protokoll) von dem/der Schriftführer/in oder seinem/seiner Stellvertreter/in auszufertigen. Diese Niederschrift ist von zwei Mitgliedern des Vorstandes, von denen eine/r Vorsitzende/r oder stellvertretende/r Vorsitzende/r sein muss, zu unterschreiben.

Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden.

Für Mitglieder, die mit ihren Beiträgen drei Monate im Rückstand sind, ruht das Stimmrecht.

Satzungsänderungen bedürfen einer 2/3-Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

Die Mitgliederversammlung ist zuständig für

- a) die Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer/innen,
- b) die Entgegennahme des Jahresberichts und der Berichte des/der Schatzmeisters/Schatzmeisterin und der Kassenprüfer/innen,
- c) die Entlastung des Vorstands,
- d) Satzungsänderungen,
- e) die Ersatzwahl für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstandes.

WAHLEN

Der Wahlakt wird durch eine besondere Kommission von 3 Mitgliedern durchgeführt, die von der Mitgliederversammlung durch Akklamation gewählt werden, selbst aber nicht kandidieren. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt geheim, wenn es von einem Mitglied gewünscht wird.

Der/Die Präsident/in und seine/ihre Stellvertreter/innen sind einzeln zu wählen, die übrigen Vorstandsmitglieder können in einem Wahlgang gewählt werden, wobei von jedem Stimmberechtigten so viele Stimmen abgegeben werden können, als Vorstandsmitglieder zu wählen sind. Gewählt sind diejenigen Kandidaten/Kandidatinnen, die hierbei die höchsten Stimmzahlen erreichen.

Die Verteilung der Ämter des Vorstandes kann durch den Vorstand erfolgen. Wiederwahl ist zulässig.

§ 11 DER VORSTAND

Der Vorstand besteht aus mindestens 7 Mitgliedern. Ihm gehören an:

- der/die Präsident/in
- bis zu drei stellvertretende Präsidenten/Präsidentinnen
- der/die geschäftsführende Vorsitzende
- bis zu drei Stellvertreter/innen des/der geschäftsführenden Vorsitzenden
- der/die Schriftführer/in und sein/ihre Stellvertreter/in
- der/die Schatzmeister/in und seine/ihre zwei Stellvertreter/innen

Dem Vorstand gem. § 26 BGB gehören an:

- der/die Präsident/in
- die stellvertretenden Präsidenten/Präsidentinnen
- der/die geschäftsführende Vorsitzende
- bis zu drei Stellvertreter/innen des/der geschäftsführenden Vorsitzenden
- der/die Schriftführer/in
- der/die Schatzmeister/in.

Jeweils zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt.

§ 12 RECHNUNGSPRÜFUNG

Die Rechnungsprüfung erfolgt durch zwei Kassenprüfer/innen, die von der Mitgliederversammlung für drei Jahre bestellt werden. Sie prüfen die Kasse und die Rechnungslegung des/der Schatzmeisters/Schatzmeisterin und geben jährlich das Ergebnis ihrer Prüfung der Mitgliederversammlung schriftlich bekannt.

§ 13 AUFLÖSUNG DES VEREINS

Die Auflösung des Vereins und die Art der Liquidation kann nur in einer eigens für diesen Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der erschienenen Mitglieder beschlossen werden.

Zur Beschlussfähigkeit der Versammlung ist die Anwesenheit von mindestens $\frac{1}{3}$ aller Mitglieder erforderlich. Sollte in der Mitgliederversammlung weniger als $\frac{1}{3}$ aller Mitglieder anwesend sein, dann entscheidet über die Auflösung des Vereins eine innerhalb 4 Wochen einzu berufende neue außerordentliche Mitgliederversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder mit $\frac{3}{4}$ der anwesenden Mitglieder.

Die Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt sein Vermögen an die „Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. (VDFG)“, Schillerstraße 11, 55116 Mainz, die es unmittelbar und ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden hat.